

# Interpellation

betreffend **beruflicher Integration junger Menschen**

eingereicht von: Gemeinderätin Beatrix Baltensberger, namens der SP-Fraktion

am: 19. Januar 2004

Anzahl Mitunterzeichnende: 31

Geschäftsnummer: 2004/004

---

## Text und Begründung

In Winterthur ist in den letzten Jahren die Zahl der Sozialhilfebezüger- und bezügerinnen stetig gestiegen. Gemäss Sozialhilfestatistik waren im Jahre 2002 4.2 % der Bevölkerung der Stadt Winterthur auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen, dabei ist eine überdurchschnittliche Zunahme an Unterstützungsfällen bei jungen Menschen zu verzeichnen. Auch das regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) weist einen stetigen Zuwachs an stellenlosen jungen Menschen aus. So waren Ende Dezember 2003 303 stellensuchenden Schul-, Lehr- und Studienabgänger/innen beim RAV gemeldet, so viele Personen wie nie zuvor.

Diese Entwicklung ist in mehrfacher Hinsicht alarmierend. Junge Menschen sind besonders gefährdet, den Halt und Orientierung zu verlieren, wenn sie nach 9 obligatorischen Schuljahren oder nach dem 10. Schuljahr immer noch keine beruflichen Perspektiven haben. Gravierend und stossend ist im Weiteren, dass diese Menschen bereits im jungen Alter die Erfahrung machen, materielle Leistungen, welche nicht mit eigener Arbeit erwirtschaftet wird, von der öffentlichen Hand zugesprochen zu erhalten. Laut Untersuchungen erhöht sich dadurch die Wahrscheinlichkeit, längerfristig, bzw. immer wieder von diesen staatlichen Institutionen abhängig zu werden, basierend auf einer fehlenden oder mangelhaften Integration im Arbeitsmarkt.

Mehrere Departemente, Ämter und Institutionen sind von dieser geschilderten Problematik mit ihren vielfältigen Auswirkungen tangiert: Schule, Berufsberatung, Sozialamt, Regionale Arbeitsvermittlung, Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte, Strafverfolgungsbehörden etc. Angesichts der steigenden Zahlen ist aber offensichtlich, dass diese Fachstellen mit den bisher eingesetzten Ressourcen nicht in der Lage sind, in einer umfassenden Art und Weise die Problematik der beruflichen Integrationsschwierigkeiten von jungen Menschen anzugehen. Dazu gehören insbesondere auch Massnahmen zur Vorbeugung der Jugendarbeitslosigkeit, welche sich jedes Jahr immer wieder auf das Neue manifestiert.

Deshalb fragen wir den Stadtrat:

1. Welche konkreten Zielsetzungen hat der Stadtrat zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit und zur Verminderung der Zahl der jugendlichen Sozialhilfebezüger/innen?
2. Wie sieht dabei die umfassende Gesamtstrategie aus? Welche Institutionen und Fachleute werden zu deren Erarbeitung beigezogen? Wie werden die einzelnen Massnahmen zwischen den verschiedenen Stellen und Ämtern koordiniert? Welche Stelle ist für die Durchführung, Erfolgskontrolle und allfälliger Weiterentwicklung verantwortlich?

3. Wie sieht dabei der Zeitplan aus?

4. Welche Massnahmen sind im präventiven Bereich vorgesehen, damit das Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit weitmöglichst eingedämmt werden kann?

5. Was für Aktionen sind im speziellen vorgesehen für potentielle stellenlose Schulabgängerinnen und Schulabgänger des Schuljahres 2004?

6. In welcher Zeitspanne und unter welcher Federführung können obige Strategien und Massnahmen erarbeitet und umgesetzt werden?